

Doppelte Standards

Die Landesfrauenbeauftragte Hauffe und die Kölner Ausschreitung
 Rassismus, Sexismus, Frauenverachtung

Bezüge:

Feministin Anne Wizorek im Interview - "Sexismus durchzieht gesamte Gesellschaft
http://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-politik-wirtschaft_artikel.-Sexismus-durchzieht-gesamte-Gesellschaft-_arid.1286041.html -
 mit mehreren Kommentaren von mir
 Politiker fordern lückenlose Aufklärung , von Seven Geyer, 06.01.2016
http://www.weser-kurier.de/startseite_artikel.-Politiker-fordern-lueckenlose-Aufklaerung-_arid.1285355.html
 ebenfalls mehrer Kommentare von mir

Ulrike Hauffe:

»Sexualisierte Gewalt von Männern gegen Frauen ist Alltag. Das ist das Thema, um das sich die aktuelle Debatte angesichts der Taten in Köln und weiteren deutschen Großstädten drehen muss. Männer belästigen Frauen in allen Kulturen und allen Schichten. Jeden Tag werden Frauen von Männern taxiert, angegrapscht, geschlagen, vergewaltigt, auch im öffentlichen Raum. Aber wir wissen, dass diese Form der Gewalt zuerst und vor allem mit ungleichen Geschlechterverhältnissen und mit patriarchaler Macht zu tun hat: Es geht darum, die Frauen zu demütigen und sie auf "ihren" Platz zu verweisen. Wenn unser gesellschaftlicher Konsens, Gewalt gegen Frauen nicht hinzunehmen, durch diesen schrecklichen Anlass etwas dichter wird, ist das richtig. Wenn jetzt muslimische Männer und Flüchtlinge unter Generalverdacht geraten, ist das falsch. Gewalt gegen Frauen, egal wer sie wo verübt, ist mit allen Mitteln zu begegnen – das ist die überdeutliche Botschaft, die noch viele zu lernen haben. Denn die Antwort darauf kann nicht allein lauten, Frauen zu raten, sich im öffentlichen Raum besser zu schützen. Betroffene Frauen müssen ernstgenommen werden und die Unterstützung bekommen, die sie wollen – ihnen gilt unsere Solidarität.«⁽¹⁾

Ich kann mich den Ausführungen von Frau Hauffe anschließen. Insbesondere diese Sätze haben mich aufmerksam werden lassen:

- »Wenn jetzt muslimische Männer und Flüchtlinge unter Generalverdacht geraten, ist das falsch.«
- »Gewalt gegen Frauen, egal wer sie wo verübt, ist mit allen Mitteln zu begegnen – das ist die überdeutliche Botschaft, die noch viele zu lernen haben.«

Es ist richtig: Vorverurteilungen, insbesondere solche, die sich auf Menschen anderer Herkunft und anderer Lebensart beziehen, sind zu unterlassen. Sie sind geeignet abwertende, menschenfeindliche Stereotype zu (re-) aktivieren. Frau Hauffe berücksichtigt ihre Selbstverpflichtung jedoch nicht, wenn es um das Feld der Sexarbeit geht. Dann folgt sie doppelten Standards, und setzt Menschen, insbesondere Frauen, die in diesem Feld tätig sind, mittels Generalverdächtigung der Demütigung, der Gewalterfahrung des Stigmas aus. Zwei Belege:

1.

Weser-Kurier Artikel: 40.000 Zwangs-Prostituierte zur Fußball-WM, vom 09.04.2005

»Hinzukommen könnten bis zu 40.000 Zwangs-Prostituierte. Das schätzte gestern Ulrike Hauffe, Bremer Landesbeauftragte für Frauen „Und **wir wissen**“, so Hauffe, „dass vor allem **in Osteuropa schon jetzt organisiert wird, wie die Prostituierten an den Behörden vorbei in die zwölf Austragungsorte eingeschleust werden können**“.«^(2, Hvhbg. K.F.)

Eine kriminalisierende Aussage gegenüber osteuropäischen Menschen, insbesondere den Frauen aus Osteuropa, die der Sexarbeit nachgehen, die, wie nicht nur der Deutschlandfunk feststellte, sachlicher Rechtfertigung entbehre.⁽³⁾ Sie erfüllt Kriterien, die es nahelegen, von Rassismus zu sprechen.

2.

Weser Kurier Artikel: Problem Zwangsprostitution, vom 26.11.2013

Im Zusammenhang mit der Einschätzung, dass in Bremen 600 Sexarbeitende, insbesondere mit Herkunft aus Rumänien und Bulgarien, vorrangig in Wohnungen tätig seien, äusserte Frau Hauffe:

»„Die Frauen wissen zum großen Teil nicht, dass sie für Zwangsprostitution nach Deutschland kommen“, ... Sie gingen davon aus, dass sie hier Geld für eine bessere Zukunft verdienen könnten. „Tatsächlich befinden sie sich aber in einem **Gewaltverhältnis** zwischen **Schleppern und Zuhältern**, die mit der Angst der Frauen spielen.“«^(4, Hvhbg. K.F.)

Auch diese Aussage, die eine spekulative, pauschalisierend-ethnische Zuschreibung von Kriminalität enthält, entbehrt der Grundlage. Selbstaussagen der in Bremen in Wohnungen tätigen rumänischen Sexarbeitenden,

die im Rahmen einer über zehn Tage fortgesetzten Erhebung Ende November bis Anfang Dezember 2013 befragt wurden, weisen jegliche Form von zuhälterischer und schlepperischer Gewalt zurück. Mit 64 von den 68 aus Rumänien stammenden, zu dieser Zeit in Bremen in Wohnungen tätigen Frauen wurde zumindest telefonisch gesprochen. Diese 64 wiesen den Generalverdacht von Frau Hauffe zurück. 47 von ihnen taten das im Rahmen ausführlicher Gespräche in ihrer Muttersprache und dies mit Unterschrift, sich unter Angabe ihrer Telefonnummer und ihrer Kundinnennummer beim Werbeportal Hostessen-Meile identifizierend.⁽⁵⁾

Ulrike Hauffe:

»Aber wir wissen, dass diese Form der Gewalt zuerst und vor allem mit ... patriarchaler Macht zu tun hat: **Es geht darum, die Frauen zu demütigen und sie auf "ihren" Platz zu verweisen.**« (1, HvHbg. K.F.)

Soweit rumänische Sexarbeitende 2013 in Bremen Gewalterfahrungen gemacht haben, und selbstverständliche ist der amtlich ausgesprochene Generalverdacht gegen sie eine Erfahrung staatlicher Gewalt, so zeichnet Frau Hauffe dafür, an prominenter Stelle und medienwirksam demütigend, verantwortlich. Zu Gewalterfahrungen rumänischer Sexarbeitender im Sinne sexueller Ausbeutung war es dagegen 2013 in Bremen, sofern überhaupt, so die Daten der Polizei Bremen, nur marginal und unterproportional gekommen.⁽⁶⁾ Die vierzig Ermittlungen, die das BKA Lagebild Menschenhandel für Bremen 2013 verzeichnet, betrafen eher andere, als rumänische Menschen.

Ich gehe davon aus, dass Frau Hauffe, die, wie oben dargestellt, sich im Amt gegenüber Sexarbeitenden, abwertend, demütigend, generalverdächtigend und als Wiederholungstäterin geäußert hat, für ihre rassistisch assoziierte Platzanweisungen patriarchaler Qualität gegenüber Sexarbeitenden, für deren Ausgrenzung ins Feld der Kriminalität, ihren Hut zu nehmen und sich zu entschuldigen hat, soweit die von ihr gesetzten Kriterien: Ablehnung von Generalverdächtigung und von Demütigung Teil Bremer Demokratie und Weltoffenheit sind.

Aufrichtigkeit würde sie durch ihren Rücktritt beweisen.
Alles andere: Heuchelei!

Quellen

(1) Ulrike Hauffe, Landesfrauenbeauftragte, zur Debatte um Angriffe auf Frauen in der Silvesternacht in mehreren deutschen Großstädten.
<http://senatspressestelle.bremen.de/detail.php?gsid=bremen146.c.159521.de&asl=bremen02.c.732.de>, abgerufen am 08.01.2016, 11:15

(2) „40.000 Zwangs-Prostituierte kommen zur Fußball-WM“
http://verlag.weser-kurier.de/plus/archiv/ansicht/a/msdcx_filestore_archive/2011/07-15/24/a0/file60io7yvkp01c2m3ygrj.jpg - 9. Apr. 2005 | WESER-KURIER | Seite 2

(3) Prostitution - Die Spur der 40.000 - Wie Gerüchte und Klatsch funktionieren
Von Janosch Delcker, Beitrag vom 04.09.2014 19:07 Uhr
http://www.deutschlandradiokultur.de/prostitution-die-spur-der-40-000.976.de.html?dram:article_id=296569, abgerufen am 08.01.2016, 11:55 Uhr

und

a) Loretta Ihme, - Zu Gast bei Freundinnen - (Re)Konstruktion von Nation, Geschlecht und Sexualität in Narrativen über die Fußball-WM und die Prostitution, in Grenz, Sabine/Lücke, Martin (Hrsg): Verhandlungen im Zwiellicht. Momente der Prostitution in Geschichte und Gegenwart, Bielefeld 2006. S. 247 - 253.

und

b) Helga Amesberger, Sexarbeit in Österreich - Ein Politikfeld zwischen Pragmatismus, Moralisierung und Resistenz, Wien 2014, S. 120
Ihme stellt fest, das die kolportierte Zahl von 40.000 Zwangsprostituierten, die erstmals nach der Äusserung von Frau Hauffe am 9.4.2005 medial verbreitet wurde, frei erfunden waren (so auch das Bundeskriminalamt).

»Ihme zeigt weiter auf, dass derartige Spekulationen strategisch genutzt werden, und zwar sowohl von Fraueneinrichtungen als auch von staatlichen Behörden. Erstere lancieren Freierprogramme, Letztere argumentieren so verstärkte Kontrollen und Razzien im "Rotlichtmilieu"«

In Bremen profitierte übrigens die Diakonie, also die evangelische Kirche, von der amtlichen Demütigung Sexarbeitender durch Frau Hauffe. Sie erhielt Landeszuschüsse für den Schutz von Sexarbeitenden, die der Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution (BBMeZ) zu Gute kamen. Entgegen dem Titel, der suggeriert, dass alle Opfer von Menschenhandel bei der BBMeZ Beratung und Hilfe erhalten, akzeptierte diese zumindest bis 2014 als Klientel a) nur Frauen, b) nur Frauen, die sexueller Ausbeutung unterlagen, c) vor allem Frauen, die ihr von der Polizei zugeführt werden, d) keine Frauen, die nach Meldung eines Verdachts durch Dritte an ihrem Aufenthaltsort hätten aufgesucht werden müssen.

(4) Problem Zwangsprostitution - Weser Kurier vom 26.11.2013, S. 11
http://www.weser-kurier.de/bremen/politik2_artikel.-Problem-Zwangsprostitution-_arid.719410.html, abgerufen am 08.01.2016, 12:15

(5) Freudmann, Fricke, Alissia, Angelina, Isabella, Julia, Marissa
Sexarbeit in Bremen

Rumänische Sexarbeiterinnen* - Arbeitsort Wohnungen - Sozial, politisch, medial und institutionell fremdbestimmt - Persönlich selbstbewusst und selbstbestimmt - Zahlen u. Aussagen - Bremen 2014, S. 29 ff, -

Download der rumänischen und der deutschen Ausgabe über:
<http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?p=138884#138884> - abgerufen 08.01.2016, 12:35

(6) Bremische Bürgerschaft, Landtag, 18. Wahlperiode, Drucksache 18 / 1302, Mitteilung des Senats vom 11. März 2014
Bericht, Konzept und Maßnahmen zur Aufnahme und Integration von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern aus Bulgarien und Rumänien im Land Bremen, S. 14 ff,